

# „Das heiligste Heimatrecht ist das Recht auf Frieden“

Von Dozent

Dr. Felix-Heinrich Gentzen

Die revanchistischen Kundgebungen in Westdeutschland und Westberlin, die der Verherrlichung des Überfalls auf Polen vor 21 Jahren dienen sollten, die offene Forderung maßgeblicher Bonner Politiker nach der „Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen des Bismarckreiches von 1871“, die Erklärung des Nazi-Blutrichters und heutigen Präsidenten des „Bundes der Vertriebenen“, der Dachorganisation der Umsiedlerverbände, Krüger, daß „wir niemals auf unsere Heimat verzichten werden“, alles das hat die Weltöffentlichkeit alarmiert und sie auf die große Gefahr hingelenkt, die dem Frieden von den westdeutschen Revanchisten droht.

Diese Forderungen sind nicht neu, sie werden von den westdeutschen Revanchisten schon seit 1946 erhoben. Wenn sie aber heute, angesichts der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und ihrer offen ausgesprochenen Aggressionspläne gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder Europas, vor allem gegen Polen und die CSSR, von leitenden Staatsmännern Bonns wiederholt werden, so zeigt das, wie Walter Ulbricht in seinem Fernsehgespräch am 4. September erklärte, „daß für unser Volk ernste Gefahren heraufgezogen sind“.

Eine der zur Gewinnung einer Massenbasis von den Bonner kalten Kriegern am meisten strapazierten Lösungen ist die demagogische Forderung nach Verwirklichung des „Rechts auf Heimat“, das heißt der illusionären Ansprüche der deutschen Imperialisten auf die ehemaligen Heimatländer der Umsiedler. Dieses „Recht auf Heimat“ steht im offensichtlichen Widerspruch zu den Grenzbestimmungen des Potsdamer Abkommens, die u. a. den Zweck verfolgten, den deutschen Militaristen einen neuen Ostlandtritt zu verwehren, und die im engen Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen des Potsdamer Vertrages stehen: Ausrottung des deutschen Militarismus und Faschismus, Beseitigung der deutschen Monopole als ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher, Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens. Die Propagierung eines „Rechts auf Heimat“, so wie es von den westdeutschen Revanchisten verstanden wird, steht also im engen Zusammenhang mit deren Angriffen gegen das Potsdamer Vertragswerk als Ganzes; sie bedeutet die Wiederaufnahme einer Politik, die das deutsche Volk und andere Völker in einen verheerenden Krieg gestürzt hat; sie verstößt gegen die demokratischen Grundrechte des deutschen Volkes, gegen die Lebensinteressen der deutschen Nation.

Die deutschen Militaristen haben jeglichen Anspruch auf die durch das Potsdamer Abkommen abgetrennten Gebiete durch ihre zügellose Aggressionspolitik verspielt.



Der Mißbrauch der Heimatgefühle deutscher Menschen für ihre Raub- und Eroberungspläne ist in der Praxis der deutschen Imperialisten keine neue Erscheinung. Schon unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, als sie im Ergebnis ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg die seit mehr als einem Jahrhundert annektierten polnischen Gebiete teilweise zurückgeben mußten, unternahmen sie alles, um die dort lebenden Deutschen von einer Abwanderung nach Deutschland zurückzuhalten. Daß diese Politik eine spätere Rückeroberung dieser Gebiete mit Hilfe einer dort wirkenden Fünften Kolonne erleichtern sollte, wurde bei den internen Zusammenkünften der führenden Revanchisten offen ausgesprochen. So erklärte auf einer Jubiläumstagung des Deutschen Ostmarkenvereins am 20. 11. 1919 der stellvertretende Vorsitzende dieser Propagandaorganisation des deutschen Monopolkapitals, Franz Wagner: „Auf die Landkarte im Osten wollen wir die Worte setzen: ‚Einstweilen ausgeborgt!‘ Für den Deutschen Ostmarkenverein muß es das Bestreben sein, diese Gebiete zurückzuholen... Es handelt sich nicht bloß um die Förderung des Deutschtums, sondern um die Rückeroberung des Ostens. Unsere erste Aufgabe ist die Sorge, daß die Deutschen im Osten bleiben“.

Mit Hilfe der deutschen Minderheiten begannen die deutschen Revanchepolitiker in der Weimarer Republik und verstärkten nach 1933, die als Gegenstand ihrer geplanten Aggression in Aussicht genommenen Länder planmäßig zu unterhöhlen. Mit welchen Mitteln dies geschah, hat am Beispiel des Memelgebietes, der baltischen Staaten und Polens der Oberländerprozeß enthüllt.

Eine wichtige Rolle bei der Einspannung der deutschen Minderheiten für die Raubpläne der deutschen Imperialisten spielte die Theorie vom sogenannten Volksgruppenrecht, das die deutschen Minderheiten in fremden Ländern zu einem Staat im Staate machen und sie faktisch der Befehlsgewalt der deutschen Faschisten unterstellen sollte.

Dieselbe Aufgabe, die seinerzeit den deutschen Minderheiten zugedacht war, nämlich als Vortrupp

der imperialistischen deutschen Aggression zu wirken, sollen heute die „Landmannschaften“ lösen. Es ist daher auch kein Zufall, wenn der langjährige „Sprecher“ der Sudetendeutschen Landmannschaft, Lodgman von Auen, die „Landmannschaften“ als „Volksgruppe im Exil“, oder als „einen Volksteil ohne das ihm zugehörige Land“ bezeichnete.

Die ganze Revanchepropaganda der deutschen Imperialisten sollte und soll das deutsche Volk von der Lösung seiner vordringlichsten demokratischen und sozialen Aufgaben ablenken, ihre arbeiterfeindliche Politik verschleiern und diese und dient der Tarnung und gleichzeitigen ideologischen Untermauerung ihrer Welt Eroberungspläne. Wobin diese Politik unter Hitler geführt hat, sollte allen, die diese Politik heute wiederaufnehmen wollen, eine ernste Warnung sein. Unmißverständlich wurde in der sowjetischen Note vom 17. 8. an die westdeutsche Bundesregierung erklärt, „daß die Regierung der Sowjetunion und auch die Regierungen anderer friedliebender Staaten nicht teilnahmslos zusehen werden, wie den westdeutschen Revanchisten Waffen in die Hand gegeben werden, mit deren Hilfe sie die Welt in eine Kriegskatastrophe stürzen könnten“. In einem offenen Brief hat der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Umsiedler in Westberlin gewarnt, sich noch einmal in den Dienst der Eroberungspolitik des deutschen Militarismus zu stellen: „Wer seine Nation liebt, geht den Revanchepolitikern nicht auf den Leim.“

Das wirkliche Recht auf Heimat kann niemals durch die Eroberung tschechoslowakischer oder polnischer Gebiete, nicht durch einen neuen Krieg realisiert werden, sondern nur durch die Erhaltung des Friedens. „Das heiligste Heimatrecht ist das Recht auf Frieden!“ So erklärte Walter Ulbricht am 4. September im Deutschen Fernsehfunk. Doch unsere Heimat, und das ist auch die Heimat aller Umsiedler, das ist das ganze Deutschland in seinen heutigen Grenzen, ein demokratisches Deutschland ohne Revanchisten und Militaristen.

## Das Marxistische Kolloquium im Studienjahr 1960/61

Von Genossen G. Handel, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung

In drei Wochen wird das Marxistische Kolloquium im neuen Studienjahr eröffnet werden. So jung diese Einrichtung auch ist, so hat sie doch in den letzten zweieinhalb Jahren bereits Anerkennung und Unterstützung durch die große Zahl ständiger Teilnehmer gefunden und eine neue Tradition im Universitätsleben begründet.

Die regelmäßig stattfindenden Vorträge und besonders auch die Aussprachen des Marxistischen Kolloquiums sind zu geschätzten Foren für schöpferischen und interessanten Meinungstreit über die geistigen Hauptprobleme unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geworden. Die durchschnittlich vierhundert anwesenden Wissenschaftler, Vertreter des Lehrkörpers und des promovierten wissenschaftlichen Nachwuchses, konnten in den Veranstaltungen des Kolloquiums Antwort auf zahlreiche aktuelle politische und weltanschauliche Fragen finden. In immer stärkerem Maße gibt das Kolloquium Hilfe und Anregungen für die verantwortungsvolle Tätigkeit der Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität, ist es eine nicht mehr hinwegzudenkende Einrichtung für die sozialistische Bewusstseinsbildung, jenem maßgeblichen Element der Umgestaltung unserer Alma mater in eine sozialistische Lehr- und Forschungsstätte geworden. Nicht zuletzt wird auch das neue Marxistische Kolloquium zur weiteren Festigung des Vertrauensverhältnisses und der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Leitungen und Mitgliedern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einerseits und allen Parteiklassen wie Mitgliedern der Blockparteien andererseits beitragen.

Den Wünschen und Vorschlägen aus dem bisherigen Teilnehmerkreis Rechnung tragend, hat die Universitäts-Parteileitung das systematische und zusammenhängende Studium der Lehre vom Sozialismus und Kommunismus in den Mittelpunkt gestellt. Grundlage hierfür bietet das hervorragende Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von O. W. Kuusinen. Dieses erste enzyklopädische Werk des

schöpferischen Marxismus-Leninismus der Gegenwart dient als hauptsächliche Literaturquelle, vor allem für die Aussprachen in kleinerem Kreis. Für solche Aussprachen ist im Unterschied zum II. Marxistischen Kolloquium erheblich mehr Raum gegeben, indem von den dreizehn Veranstaltungen im Laufe des Studienjahres zehn für solche Diskussionen unter Leitung erfahrener marxistisch-leninistischer Wissenschaftler vorgesehen sind.

Auch künftig wird das Marxistische Kolloquium in drei Fachrichtungen (dialektischer und historischer Materialismus, politische Ökonomie und Geschichte) durchgeführt werden. Dabei wird in diesem Jahr jede Fachrichtung die gleichen Grundprobleme von ihrem Aspekt und ihrer Spezifik gemäß behandeln. Von hier aus sind die Akzente in den drei Themenplänen gesetzt worden. In diesen Tagen beginnen unter Leitung der Grundorganisationen unserer Partei die persönlichen Aussprachen mit allen Angehörigen des Lehrkörpers und des promovierten wissenschaftlichen Nachwuchses. In diesem Zusammenhang wird eine kleine Broschüre überreicht werden, aus der Zielstellung und Methoden, Themen, Literaturangaben und Daten entnommen werden können. Die Universitäts-Parteileitung würde es begrüßen, wenn sich weiter ein großer Kreis von parteilosen Wissenschaftlern als bisher entschlossene Kolloquiumteilnehmer und in den Veranstaltungen mitzuarbeiten.

Der Erfolg des III. Marxistischen Kolloquiums wird nicht nur von den Veranstaltern, sondern gleichermaßen von jedem einzelnen Teilnehmer abhängen. Wir zweifeln nicht daran, daß auch in dem vor uns liegenden Jahr das Interesse am Studium der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und Politik sowie das Bestreben, in die Grundfragen unserer Zeit tiefer einzudringen, anzuwachsen werden. So wird die aktive Mitarbeit im Marxistischen Kolloquium ein nicht zu unterschätzender Beitrag und zugleich ein Kraftquell dafür sein, daß die Karl-Marx-Universität die Wissenschaft bewußt in den Dienst des Friedens und des Sozialismus stellt.

### Eröffnung

des Marxistischen Kolloquiums am 3. Oktober 1960

mit einer gemeinsamen Veranstaltung für die drei Fachrichtungen Dialektischer und Historischer Materialismus, Politische Ökonomie und Geschichte.

## Kampfaufgabe Promotionen

Zur Vorbereitung der Parteivortragung an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät

wortungsbewußtsein des Kollektivs für jeden einzelnen, in der Scheu vor prinzipiellen Auseinandersetzungen im Kollektiv und in der immer noch vorhandenen Trennung von Politik und Wissenschaft.

Noch nicht alle Fakultätsangehörigen erkennen, daß hohe wissenschaftliche Leistungen beim wissenschaftlichen Nachwuchs besonders der rechtzeitige Abschluß der Promotionen und Habilitationen, bei den Studenten gute Studienergebnisse, der entscheidende Beitrag zur Stärkung unserer Republik, zur Bändigung der deutschen Militaristen und zur Erhaltung des Friedens ist. So konnte es im vergangenen Studienjahr nach geschehen - und eben das gilt es im neuen Studienjahr zu überwinden -, daß einzelne Studenten und in wenigen Fällen sogar ganze Gruppen, wie etwa Chemie III/1, Mathematik 2. Studienjahr, Biologie 2. Studienjahr in einer oder mehreren Prüfungen versagten; daß einige Freunde gesellschaftlich zurückblieben; daß Studenten einiger Gruppen, die um den Titel „Sozialistische Studentengruppe“ kämpfen, trotz Verpflichtung nicht am sozialistischen Studententag teilnahmen. Auch die Anzahl der vorzeitigen Abgänger ohne Examen liegt an unserer Fakultät, besonders unter den Lehrestudenten, noch zu hoch.

Große Anstrengungen sind noch nötig, um die für 1960 vorgesehenen 30 Promotionen, von denen bisher nur zehn abgeschlossen sind, bis Ende des Jahres zu sichern und die ge-

planten 21 Promotionen für 1961 unbedingt zu überbieten. Dieses Problem wurde bisher von den Grundorganisationen noch nicht als eine Kampfaufgabe angesehen. Überschreitungen der Promotionen werden nach wie vor als Kavalleriedelikt betrachtet und nicht als eine eminent politische Frage gründlich diskutiert. Dabei ist es interessant, daß bei den gesellschaftlich aktivsten Kräften des wissenschaftlichen Nachwuchses kaum Überschreitungen vorkommen, wogegen Kollegen, die gesellschaftlich sehr wenig oder gar nicht arbeiten, mehrjährige Überschreitungen der Promotionstermine aufzuweisen haben. Damit wird eindeutig bewiesen, daß der Kampf um die Einhaltung der Promotionszeiten primär eine Frage des Ringens um ideologische Klarheit ist, der in allen Grundorganisationen mit der Konsequenz geführt werden muß, wie es die Grundorganisation Biologie am Zoologischen Institut in einigen Fällen begonnen hat.

Mit der Aufstellung eines Planes der vorgesehenen Promotionen und Habilitationen bis 1965 durch die Institutsdirektoren ist eine meßbare Grundlage für die weitere Arbeit gegeben, wobei besonders der Plan von Genossen Prof. Dr. Treibts zeigt, daß unter Anspannung aller Kräfte bessere Ergebnisse zu erzielen sind, als das vor der Thesendiskussion des Staatssekretariats vorgesehen war. Aufgabe der Parteioorganisationen und der Gewerkschaft ist es jetzt, gemeinsam mit den Institutsdirektoren

Wege zu beraten, wie die vorgesehenen Promotions- und Habilitationstermine in jedem einzelnen Fall unbedingt zu sichern und nach Möglichkeit zu unterbieten sind, um dadurch unsere Volkswirtschaft schneller mit hochqualifizierten Kräften zu versorgen.

Jeder Genosse muß an der Spitze aller Parteilosen vorbildliche Arbeit bei der Lösung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben leisten. Die Mehrheit unserer Genossen ist diesen Anforderungen bei der Organisierung sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, bei den Prüfungsvorbereitungen, bei politischen Diskussionen und in den sozialistischen Studententagern nachgekommen und hat auch in den Prüfungen bewiesen, daß ein hohes politisches Bewußtsein und gute fachliche Leistungen einander bedingen. Dort wo die Genossen politisch und fachlich noch zurück sind, ist es nötig, in kurzer Zeit durch konsequente Unterstützung der Parteileitungen und der stärkeren Genossen die führende Rolle der Partei durchzusetzen. Anders wird es nicht vorwärtsgehen.

Bekanntlich muß der Kern, die Partei, um so fester sein, je breiter die Bewegung ist. Die Breite der Bewegung, die große Initiative unter den Angehörigen der Fakultät, speziell in den Prüfungsvorbereitungen und während der sozialistischen Studententagern hat besonders deutlich werden lassen, daß ständig große Anstrengungen notwendig sind, um die

Führungsaufgaben der Parteioorganisation stets zu erfüllen.

Trotz des Aufschwungs innerhalb der gesamten Parteioorganisation im vergangenen Jahr genügt der Fortschritt nicht. Das trifft besonders auf die Grundorganisationen Physik und Mathematik, die Parteigruppen der Wissenschaftler und die Parteigruppe Chemie 2. Studienjahr zu, die ihrer führenden Rolle nicht gerecht werden.

Ausdruck der engeren Verbindung der Parteilosen zur Partei ist es, wenn man jetzt auch von seinen parteilosen Kollegen und Freunde höhere Anforderungen an die Genossen stellt, wenn man erwartet und verlangt, daß ein Genosse durch sein gesamtes Verhalten in politischer, fachlicher und persönlicher Beziehung das Vertrauen der parteilosen Kollegen und Freunde besitzt und Antwort auf alle ihre Fragen geben kann.

Jeden Genossen zum Vorbild für die Parteilosen, zum Kämpfer für unsere sozialistische Sache zu erziehen, ist deshalb die wichtigste Aufgabe der Parteioorganisationen. Dazu ist vor allem nötig, das politische Niveau in den Mitgliederversammlungen zu erhöhen, die Parteischulung zu verbessern, die Massenarbeit zielstrebig zu führen und die besten Parteilosen für die Partei zu gewinnen. Jeder Genosse muß ständig einen konkreten, meßbaren Parteilauftrag haben, dessen Realisierung von seiner Parteileitung und Parteigruppe regelmäßig zu kontrollieren ist. Bei der Erfüllung dieser Aufträge und im Kampf um die Verwirklichung der Beschlüsse wechseln unsere Kader und werden befähigt, größere Aufträge zu meistern. Fritz Weisch

Universitätsleitung, 13. 9. 1960, S. 5

Die Parteioorganisation der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beginnt das neue Semester mit einer Schulung des Parteikollegiums am 17. September und einer Vollversammlung der Fakultät am 21. September. Wir wollen damit erreichen, daß alle Genossen sofort mit voller Kraft und einer klaren Orientierung an die Arbeit gehen, um auch an unserer Fakultät einen guten Start für die Erfüllung des Planes der 300 Tage zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu erreichen.

Im vergangenen Semester wurden an der gesamten Fakultät - wenn auch in den einzelnen Instituten noch unterschiedlich - große Erfolge erzielt. Dies drückte sich besonders in der zunehmenden Klarheit über die politischen Grundfragen unter der Mehrheit der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie den zahlreichen Beispielen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aus. Bessere Prüfungsergebnisse und die fast völlige Beseitigung von Studienzeitüberschreitungen waren die Folge. Die sozialistischen Studententagern waren ein besonders deutlicher Ausdruck der neuen Qualität in unserer gesamten Arbeit.

Die erreichten Erfolge dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch erhebliche Mängel unserer Vorwärtsschritte hemmen. Der wichtigste Mangel ist, daß noch nicht alle Angehörigen der Fakultät die politischen Grundfragen verstehen. Das wird in der Diskrepanz zwischen der formalen Zustimmung zur Politik von Partei und Regierung und den ungenügenden Schlussfolgerungen für die eigene Tätigkeit deutlich. Dieser Widerspruch findet seinen Ausdruck in dem ungenügenden Verant-